

„Die Bürger in Utah treibt die Sorge vor der Inflationsgefahr“

Ökonom bewertet Freigabe von Gold und Silber als Zahlungsmittel positiv

Börsen-Zeitung, 24.3.2011
Das Parlament in Utah hat beschlossen, dass künftig Gold- und Silbermünzen neben dem Dollar wieder gesetzliche Zahlungsmittel sein sollen. Im Interview erklärt Thorsten Polleit, Honorarprofessor für Volkswirtschaft an der Frankfurt School of Finance & Management, weshalb die Menschen in den USA – und nicht nur dort – derzeit verstärkt Gold nachfragen und in einer Goldwährung sogar wieder eine Alternative zum derzeitigen System des Papiergeldes sehen.

■ Herr Polleit, in Utah werden Gold- und Silbermünzen offizielles Zahlungsmittel, andere US-Bundesstaaten denken über ähnliche Maßnahmen nach. Ist Amerika auf dem Weg zum Goldstandard oder gar zu einer Goldwährung?

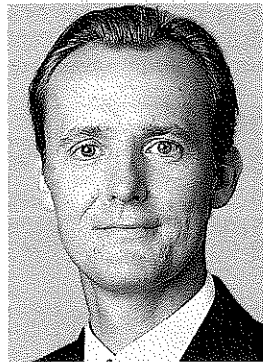
Das ist noch kein Schritt zum Goldstandard, aber die Bürger in Utah fühlen sich offenkundig nicht mehr ganz wohl mit nur einer Währung: Wie zu hören ist, treibt sie die Sorge vor der immensen Staatsverschuldung in Amerika und den damit verbundenen Inflationsgefahren um. Von der Entscheidung in Utah könnte ein produktiver Druck ausgehen, weil die Politiker und Notenbanker sehen, dass die Bürger den derzeitigen Kurs kritisch sehen.

■ Ist der Beschluss des Parlaments in Utah also zu begrüßen?

Der Beschluss vergrößert die Wahlmöglichkeiten der Bürger in Utah, und das ist etwas, was durchaus positiv zu bewerten ist. Sie können nun selbst entscheiden, ob sie mit US-Dollar oder lieber mit Gold und Silber bezahlen. Die Vielfalt erfreut den Menschen. Das gilt für Konsumgüter genauso wie beim Geld.

■ Stehen wir vielleicht vor einer völlig neuen Entwicklung? Die Leute vertrauen dem staatlichen System nicht mehr und suchen nach anderen Werten.

Beim US-Dollar ist zu beachten, dass er eine lange Goldtradition hat. Im Coinage Act von 1792 wurde der Dollar als offizielles Zahlungsmittel der USA festgelegt. Damals wurde die Währung verstanden als Ausdruck für ein bestimmtes Gewicht an Gold und Silber, ab 1873 nur noch für Gold. Diese Goldbindung wurde sukzessive reduziert und verschwand endgültig im Sommer 1971, als Präsident Richard Nixon die Goldbindung des Dollar aufhob.



Thorsten Polleit

■ Warum gilt gerade Gold als Währungersatz? Eigentlich ist es doch ein ziemlich unnützes Metall.

Das ist vor allem eine Sache der menschlichen Erfahrung. Gold und andere Edelmetalle haben sich in der langen Währungsgeschichte offensichtlich immer wieder als zuverlässig erwiesen. Wenn Sie so wollen,

ist das eine rein praktische Erwägung. Gold erfüllt alle für eine Währung wichtigen Eigenschaften: Es ist haltbar, knapp, prägnant, teilbar, transportierbar und wird allgemein als wertvoll anerkannt.

■ Aber auch bei einer Goldwährung kann es zu einer Art Inflation kommen. Wenn zum Beispiel die Fördermenge erhöht wird, steigt die umlaufende Goldmenge und es kommt zu Inflation.

Das ist im Prinzip richtig, aber die Erfahrung ist gerade bei Gold eine andere. Die Produktion von Edelmetallen unterliegt betriebswirtschaftlichen Erwägungen. Die Fördermenge steigt also nur, wenn die Opportunitätskosten der nötigen Investitionen dies rechtfertigen. Daraus resultierte in der Geschichte ein relativ stabiles natürliches Gleichgewicht, das nicht der politischen Willkür unterliegt.

Das Interview führte Stephan Balling.

Amerikaner setzen auf Gold und Silber statt Dollar

In Utah werden Edelmetalle Zahlungsmittel

Börsen-Zeitung, 24.3.2011
Im amerikanischen Mormonenstaat Utah sollen Gold- und Silbermünzen offizielles Zahlungsmittel neben dem Dollar werden, wie die beiden Kammern des Parlaments in diesem Monat beschlossen haben. Die Unterschrift von Gouverneur Garry R. Herbert unter das Gesetz steht noch aus. Die neue Regelung betrifft allerdings nur Münzen, die von der US-Bundesregierung ausgegeben wurden. Es handelt sich also um Sonderprägungen aus Edelmetallen. Dabei soll nach einem Bericht der Zeitung „Salt Lake Tribune“ nicht der Prägewert der Münzen zählen, sondern der tatsächliche Wert des Edelmetalls. Allerdings soll kein Zwang bestehen, die Münzen zu akzeptieren.

„Das ist ein vorsorgender Schritt, ein Schritt in Richtung Sicherheit, der es uns erlaubt, unsere Wirtschaft aufrechtzuerhalten, während der Dollar weiter an Wert verliert“, erklärt der republikanische Abgeordnete Brad Galvez den Sinn des Gesetzes, das er selbst im Repräsentantenhaus von Utah eingebracht hat.

Utah ist dabei kein Exot in den USA, eher ein Vorreiter. In anderen Bundesstaaten liegen den Parlamenten ähnliche Gesetzesvorschläge vor. Dieser Trend dürfte nicht zuletzt auf die immer stärker an Bedeutung gewinnende libertäre Bewegung der Tea Party zurückzuführen sein. Die Tea Party speist sich aus vielerlei geistigen Quellen, unter anderem der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die in den USA seit längerem als „Austrian Economics“ eine Renaissance auch an einigen Universitäten erlebt.

Eine Kernforderung dieser „Österreich“ lautet, dass die Politik in erster Linie für einen stabilen Geldwert sorgt. Eine expansive Geldpolitik zur Konjunkturbelebung lehnen sie ab. Einen Weg, dies dauerhaft zu erreichen, sieht ein Teil der Tea Party in einer Goldbindung des Dollar. Manche Vertreter gehen noch einen Schritt weiter und fordern das Ende des staatlichen Geldsystems. Sie wollen privat ausgegebene Währungen. Die Idee: Durch die Konkurrenz der ausgebenden privaten Banken entwickelt sich ein wertstabiles Zahlungsmittel.

und

Von Andreas Heitker, D

Börsen-Zeitung, Gut 35 Minuten hat Dr. Heitker schon geredet, er bei der Bilanzvorlage im Zentrum des Düsseldorfer Hafens noch einmal ein Wort erbittet: Seine Verantwortung als Vorsitzender von Hochtief er weiterhin sehr ernst, „In meiner Arbeit bei Hochtief meine Tatkraft, mein Zeugnis, meine Werte.“

Der 60-Jährige identifiziert sich mit dem Unternehmen, bis nun seit knapp vier Jahren an der Spitze steht. Und er würde sich noch länger die Geschicke Deutschlands größtem Baugruppenherstellers – obwohl sein harter Kampf gegen eine Übernahme durch den spanischen Konzern ACS mittlerweile verloren ist – Doch Lütkestratkötter will nicht das Handtuch schmeißen, er stehe bei Hochtief auch bei „voll im Geschirr“, betont er wie er im Unternehmen kritisiert, respektvoll genannt wird.

Die Zukunft des Hochtief liegt aber längst nicht mehr in seiner Hand. Und ACS ist diesbezüglich noch nicht positioniert. Die Gespräche zwischen Lütkestratkötter und dem spanischen Gegenspieler, ACS-Chef Ignacio Perez, laufen immer noch. Details wurden aber nicht bekannt. Es seien noch Gespräche, die durchgeführt würden, sagt Lütkestratkötter lediglich. Am 12. Mai wird die Hauptversammlung der Aufsichtsratswahl auf der Kapitalseite an. Vieles hängt ab, wie stark die Spanier das Kontrollgremium deckeln werden.

Für Lütkestratkötter steht bereits fest: „Ich würde mich zur Verfügung stellen, wenn ich nicht mehr in der Lage

IWF-L
bekor

det – Neuer Chef des International Monetary and Finance Council (IMFC), dem Lenkungsorgan des Internationalen Währungsfonds (IWF), wird der spanische Finanzminister Tharso Panigara genannt. Der 53-jährige Ökonom wird bereits bei der diesjährigen Frühjahrsversammlung des IWF den Vorsitz über das Gremium übernehmen, dem die Finanzminister und Bankchefs der 24 Mitgliedsstaaten angehören. Aufgabe des IWF ist es, bis 1999 Interimsausschüsse zu bilden und umbenannt wurde, um die endgültigen Entscheidungen

KURZ GEMELDET

Aufträge für Industrie unter den Erwartungen

Hausverkäufe in den USA fallen auf Rekordtief